



Die deutsche E&P-Industrie im aktuellen Umfeld

Dr. Gernot Kalkoffen

- Naturkatastrophe in Japan/Fukushima
 - Kernenergie im zukünftigen Energiemix
 - Brücke/Partner für Ausbau der regenerativen Energien
- Unruhen Nordafrika
 - Sicherheit der Versorgung mit Energie
 - Bedeutung heimischer Energieträger



Handelsblatt

Merkel setzt auf Gas und Ökostrom

Die Bundeskanzlerin will die Energiewende rasch besiegeln. Bei einem Treffen mit den Chefs der Kernkraftwerksbetreiber sollen die Konditionen für ein schnelles Aus der Meiler verhandelt werden.

von Achille, K. Stramm, J. Flieger

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verleiht beim Anstieg aus der Kernkraft einen ambivalenten Zeitplan und setzt auf ein klar definiertes Ende der 17 Meiler in Deutschland. Bereits am diesem Mittwoch werden Vertreter der Bundesregierung gemeinsam mit den Staatskanzleern aller Bundesländer über die Details des Ausstiegs verhandelt. Am Dienstag der kommenden Woche trifft sich Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (SPD) zur weiteren Vorbereitung mit den Ministerpräsidenten der Länder. Nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen plant Merkel zudem ein Gipfungsgeplänke mit den Managern der Energieversorger. Ein Termin steht aber noch nicht fest, heißt es.

Mit Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Kanzleramthalter Ronald Pofalla habe sich die Regierungsgeschehnisse bei einem Treffen im Grundsatz darauf verständigt, das Ende der Atomkraft mit einer kostengünstigen Jahreszahl zu fixieren. Dem System der Kernkraftwerke, wie es der von der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 ausgehandelte Ausstiegsbeschluss vorsah, streift die Kanzlerin skeptisch gegenüber.

Merkel will gesellschaftliche Konsens

Sie bekräftigt gestern, dass der Atomausstieg „deutlich beschleunigt“ werden sollte. In mitteleuropäischen Ländern werden die Reaktoren bis zum Ende der 2020er Jahre aus dem Betrieb genommen. Deutschland werde weitere Energieerzeuger brauchen. „Wir wollen eine Energiewende mit Augenkraft und ohne die Klappert“, sagte die Kanzlerin. Dazu gebe es eine partiell übergreifende Bereitschaft in der Politik und bei den Bürgern. Die Gültigkeit der Beschlüsse müsse gesichert werden, um rechtliche Hindernisse zu beseitigen. „Der gesellschaftliche Konsens ist ein ganz wichtige Angelegenheit.“



Kanzlerin Angela Merkel überfliegt „Wattik 1“. Der Windpark in der Ostsee ging gestern offiziell in Betrieb.

Aus Sicht der Energieträger muss die Bundesregierung bei der im vergangenen Jahr beschlossenen Brennstoffumschwenkung deutliche Zugeständnisse machen. In Unternehmenskreisen heißt es, die Steuer sei bei einem beschleunigten Aus für die Kernkraftwerke „nicht mehr akzeptabel“. Die Bundesregierung könne nicht Vorwerke verlangen und nachher die Steuer ablegen, sagte ein Unternehmensvertreter. „Eco-Chef“ Johannes Teyssie hatte am Wochenende angekündigt, dass sein Konzern eine Klage gegen die Steuer prüfe. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat im Bundeskanzleramt in Höhe von 1,1 Milliarden Euro aus der Atom-Steuer eingepulst.

Die Kanzlerin hat einen möglichen Verzicht auf die Unternehmenssteuer bei ihrem Treffen mit Röttgen und Brüderle bereits diskutiert. Trotz der damit verbundenen Kosten für den Atomausstieg, ein Regierungssprecher sagte, es gebe noch keine endgültige Festlegung darüber, ob man einen festen Termin für das Aus der letzten Anlage definiere oder beim



System der Reststromerzeugung bleibe. Deutlich sei auch eine Kombination aus beiden Wegen. In Regierungskreisen heißt es allerdings, es gebe eine klare Präferenz für ein definiertes Enddatum. Nur eine Jahreszahl lasse sich in der Öffentlichkeit als politischer Erfolg verkaufen.

Rückendeckung bekommt die Ränderin von der Schwabinger SPD. Parteichef Horst Seehofer hält ein Ende des Atomstrahlens im Jahr 2020 für möglich. „Wir dürfen nicht vom einschlägigen Weg abgehen, das wäre eine Täuschung der Bevölkerung“, sagte Seehofer. Unterstützung kommt auch von der Opposition. Die SPD habe kein Problem damit, statt bestehenden Jahreszahlen in den Ausstiegsplan zu schreiben, sagte SPD-Chef Rainer Gabel.

Neue Gaskraftwerke in Planung

Die durch einen raschen Ausstieg aus der Kernkraft entstehende Lücke bei den Stromerzeugungskapazitäten soll nach den Vorstellungen Merkels zu einem erheblichen Teil durch Gaskraftwerke geschlossen werden. Der Bau von Gaskraftwerken war auch Thema des Treffens von Merkel, Pofalla und



Röttgen in der vergangenen Woche. Nach Informationen des Handelsblatts hat das Trio bereits eine präzise Vorstellung davon, wo die Gaskraftwerke stehen sollen. Man denke insbesondere an „Anderswohler“ Standorte in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Die Branche unterstützt dieses Konzept. „Es ist gut, dass die Politik offenbar die Notwendigkeit neuer Gaskraftwerke sieht. Diese sind aufgrund ihrer umweltschonenden Kohlendioxidbilanz und schnellen Regelbarkeit ein wichtiger Pfeiler für die künftige Energieversorgung. Auf dieser Unterstützung der Politik hat die Branche gewartet“, sagte Michael Müller, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), dem Händlerschlüssel. Ähnlich sieht es der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), in dem die Stadtwerke zusammengeschlossen sind. Gas müsse in einem Energiekonzept der Bundesregierung eine herausragende Rolle spielen, sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck.

Viel Zeit bleibt Merkel für die Energiewende nicht. Bereits Anfang Juni soll das Bundeskabinett über wichtige Gesetzesänderungen beschließen.

Erdgas ist

- CO₂-arm
- verfügbar (kurz- und langfristig)
- flexibel einsetzbar
- wirtschaftlich

- Gas
 - Erschließung neuer Felder
 - Tight Gas
 - Kohleflöze
 - Schiefergas
 - Längere Nutzung älterer Lagerstätten
- Öl
 - Neue Lagerstätte Römerberg
 - Neue Technologien Mittelplate
 - EOR in alten Lagerstätten



Aktuelle Herausforderungen für die E&P-Industrie



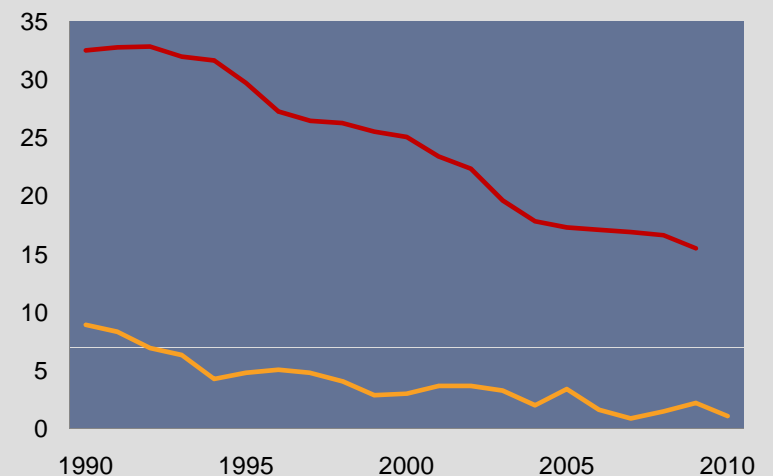
- Deep Water Horizon
- Gasland „Dokumentation“
- Fragen und Sorgen der Bürger vor Ort
- Bedenken von Wasserversorgern u.a.
- Politische Forderungen nach Änderung des Bergrechts
- Gestiegenes Medieninteresse

- Aufklärung und Transparenz
- Dialog mit Beteiligten und Interessierten
- Überprüfung und Weiterentwicklung von Sicherheitsstandards



- Höchste Ansprüche
- Lernen aus Ereignissen
- Eigene Überzeugung/Kultur

Arbeitsunfälle in der E&P-Industrie
im Vergleich zum
Bundesdurchschnitt



— Bundesdurchschnitt für Unfälle mit mehr als 3 Ausfalltagen je 1 Million Arbeitsstunden

— Unfälle in der E&P-Industrie mit mehr als 1 Ausfalltag je 1 Million Arbeitsstunden



- Deutsches Bergrecht ist ein modernes Rechtssystem
- Einbindung von Naturschutz- und Wasserbehörden
- Höchste Umweltstandards
 - Wasserrecht
 - Chemikalienrecht
 - Immissionsschutzrecht, etc.
- Enge Zulassungsvoraussetzungen
- Laufende Kontrolle durch Fachbehörden

- Technologische Innovationen
- Akzeptanz für neue Projekte
- Verantwortungsvoller Umgang der Unternehmen
- Effektive und effiziente Genehmigungsverfahren
- Sicherung der wirtschaftlichen Basis





Erdgas aus Deutschland

Wir wollen
Teil der Lösung
sein.